

Zeitschrift: Energieia : Newsletter des Bundesamtes für Energie
Herausgeber: Bundesamt für Energie
Band: - (2016)
Heft: 2

Artikel: "Im Moment wird viel zu ideologisch diskutiert"
Autor: Müller-Altermatt, Stefan / Brunner, Angela
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-681786>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«IM MOMENT WIRD VIEL ZU IDEOLOGISCH DISKUTIERT»

Stefan Müller-Altermatt beschäftigt sich als Präsident der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Nationalrats (UREK-N) intensiv mit den Knackpunkten der Energiestrategie 2050.

Herr Müller-Altermatt, warum engagieren Sie sich so für die Energiepolitik?

Ich bin in einem energiegeladenen Umfeld gross geworden und wohnte im Atomkanton Solothurn. Beim Reaktorunglück in Tschernobyl war ich zehnjährig. Energie ist wichtig für mich als Mensch, für die Wirtschaft und die Gesellschaft. Als Naturwissenschaftler habe ich eine grosse Affinität zum Thema und bin mit Herzblut Energiepolitiker. Für mich ist es allerdings zeitaufwendiger, die zahlreichen, teilweise sehr technischen Inputs zur Energiepolitik zu verarbeiten als in der UREK-N über dieses Sachthema zu feilschen und zu verhandeln. Ich verstehe, wenn Politiker angesichts des komplexen Themas auf Meinungen und Fachwissen von Interessenvertretern oder vom Bundesamt für Energie zurückgreifen.

Dass die Kommission hinter verschlossenen Türen tagt, soll laut Deliberationstheoretikern den Konsens fördern. Wie nehmen Sie die Diskussionskultur in Ihrer Kommission wahr?

Im Moment habe ich das Gefühl, dass sie viel zu ideologisch ist. Die Mitglieder weichen wenig von ihrer Parteilinie ab. Dabei könnten wir freier und selbstkritischer diskutieren und für einmal Ideologien beiseitelassen. Ich wünschte mir, jeder würde sich seine persönliche Meinung bilden, anstatt mit einer vorgefassten in die Diskussion einsteigen. Mit nur vier neuen Mitgliedern sind wir eine sehr erfahrene Kommission. Die bisherigen Mitglieder haben gelernt, dass sie in der Sitzung geäusserte Aussagen nicht nach

aussen tragen und politisch gegen einander verwenden dürfen. Medien sind wahnsinnig darauf erpicht, an Informationen zu kommen, die dem Kommissionsgeheimnis unterliegen.

Auf Twitter beschreiben Sie sich selbst als liberal-sozialen, umwelt-affinen und pärkeverliebten Mittepolitiker. Worin sehen Sie Ihre Aufgabe als Präsident der UREK-N?

Als Präsident muss man sich zurücknehmen und darf niemandem seine Meinung aufzwingen. Beim Leiten der Sitzungen will ich fair sein gegenüber Mitgliedern,

«Als Kommissionspräsident ist man vorübergehend eunuchisiert.»
Stefan Müller-Altermatt

die nicht gleicher Meinung sind. Zusätzlich Einfluss gegenüber den anderen Mitgliedern habe ich dadurch, dass ich die Agenda setze und den Stichtentscheid habe. Bei knappen Mehrheiten wie in der UREK hat dies seinen Wert. Dies gibt mir indirekt Einflussmöglichkeiten. Darüber hinaus hat das Amt aber auch Nachteile: Man ist vorübergehend eunuchisiert und kann keine Anträge stellen. Das tut manchmal weh, etwa betreffend Langzeitbetriebskonzept für AKW.

Ihr politisches Credo heisst «Positiv, es geht». Wie optimistisch sind Sie nach dem Rechtsrutsch im Parlament bezüglich der Energiestrategie 2050 (ES2050)?

Ich sage nach wie vor: Was wir vorhaben, das geht. Andere bestreiten dies, ohne aber eine Alternative aufzeigen zu können. Ich sehe weit und breit keine andere Lösung, wie wir eine vergleichbar sichere, saubere, inländische und bezahlbare Energieversorgung hinbekommen könnten.

Was ist Ihrer Meinung nach hierbei die aktuell grösste Herausforderung?

Zu verhindern, dass politische Mehrheiten aus reiner Ideologie oder Parteidanken das erste Massnahmenpaket abschliessen. In der Schlussabstimmung gibt es neu eine rechte Mehrheit, die bisher gegen die ES2050 war. Wenn diese geschlossen entscheidet, könnten sie das Geschäft im Nationalrat kippen. Aber ich gehe schwer davon aus, dass es Abweichter geben wird, die zugunsten der ES2050 stimmen werden. Vor einem Referendum, das sehr wahrscheinlich zustande kommen wird, habe ich hingegen keine Angst. Das Volk wird der ES2050 zustimmen, da es keine Alternative gibt.

Welche Herausforderungen sehen Sie bei der praktischen Umsetzung?

Angesichts unglaublich tiefer Energiepreise rentiert es nicht, in den Umbau des Energiemarktes zu investieren. Darin sehe ich die grösste Gefahr. Der Krieg auf dem Primärenergiemarkt wird weitergehen. Zwischen dem arabischen Raum, den USA und Russland wird es weiterhin Reibungen geben, sodass sie sich wie bisher mit Rohöl eindecken.

Was heisst das für die Schweiz?

Die Schweiz ist ein Spiegel des Weltmarkts. Was wir lösen müssen, ist die



Quelle: zvg

Zur Person

Seit 2011 politisiert der 39-jährige Stefan Müller-Altermatt im Nationalrat (CVP, Kanton Solothurn). In seiner ersten Legislatur war er Vizepräsident der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Nationalrats (UREK-N). Seit seiner Wiederwahl 2015 präsidiert er diese Kommission. Müller-Altermatt doktorierte 2006 an der Universität Basel in Biologie und ist Gemeindepräsident von Herbetswil. Er ist verheiratet und vierfacher Familienvater.

Speicherung und Umwandlung von elektrischer Energie, beispielsweise via Pumpspeicherung oder Power-to-Gas. Aber wenn nicht einmal die Stromproduktion rentiert, tut es die Speicherung und die Umwandlung noch weniger. Daher ist dies meiner Ansicht nach weniger eine technische Herausforderung, sondern ein Finanzierungsproblem.

Erwarten Sie in diesem Bereich mehr «Bundesengagement»?

Wenn wir die Förderung von erneuerbaren Energien ausbauen wollen, geht dies in der ersten Phase nicht ohne Unterstützung. Fördert die Schweiz als einziges Land nicht den Umbau des Energiesektors, werden wir vom Ausland noch abhängiger werden. Der heutige Anteil von 78 Prozent wird ansteigen.

Wie gewichten Sie und die UREK-N den Aspekt der Umweltverträglichkeit?

Ich habe mir einen Namen gemacht als Verhinderer von Windkraftwerken in der Region. Zu diesem Zielkonflikt stehe ich.

Meiner Meinung nach sollte man nicht den letzten Bergbach für die Wasserkraft opfern und alle Jurakreten mit Windturbinen bestücken. In der Kommission haben wir nun einen guten Weg gefunden und entsprechende Hürden vorgesehen. Beispiels-

«Ich erwarte diffuse Allianzen und einen geringen Rückhalt für die KELS.»
Stefan Müller-Altermatt

weise soll man Wasserkraftanlagen primär an bereits verbauten Gewässern bauen. Auch bei anderen erneuerbaren Energien wollen wir Flächen in nationalen Inventaren ausschliessen. Es gibt genug Möglichkeiten, um unter diesen Bedingungen die Ziele der ES2050 zu erreichen.

Und wie stehen Sie zum Atomausstieg?

Für mich ist dies ein Fakt, den man nicht mehr zu diskutieren braucht. In der gegenwärtigen Marktsituation kann niemand die Frage beantworten, wer mit welchem

Geld und wo neue AKW bauen würde. Und bis Prototypen der neuen Generation verfügbar wären, würde es locker 20 Jahre dauern. In dieser Zeit haben wir den Zubau von erneuerbaren Energien längst vorangetrieben.

Welches energiepolitische Ziel verfolgen Sie 2016 als Kommissionspräsident?

Nach der Frühjahrssession geht es in die zweite Etappe mit dem Klima- und Energielenkungssystem (KELS). Ich erwarte diffuse Allianzen und einen geringen Rückhalt für die KELS. Die Treibstoffabgabe und das Auslaufen des Gebäudeprogramms sind beispielsweise Themen, die in diesem Zusammenhang für Reibungen und politische Diskussionen sorgen werden. Langfristig brauchen wir aber eine derartige Lenkung; wir können nicht endlos fördern. Allerdings hängt dies auch mit Faktoren wie der geopolitischen Situation und der Marktreife von neuen Technologien zusammen.

Interview: Angela Brunner